nete Zusammenwirken der Aerzte mit den Hebammen als eine der Hauptursachen für die beklagenswerthe Rückständigkeit der häuslichen Geburtshilfe vor der in Entbindungsanstalten ausgeübten bezeichnet hatte. Dr. Brennecke empfahl an Stelle der in mehreren Grossstädten und auch in hiesiger Stadt durch die Privatwohlthätigkeit errichteten sogenannten Wöchnerinnenasyle für arme Frauen in besonders beschränkten Wohnungen sogenannte, auf öffentliche Kosten zu errichtende Heimstätten für Wöchnerinnen aller Stände, wobei dann die bemittelten Frauen die in der Anstalt entstehenden Behandlungs- und Verpflegungskosten selbst zu tragen hätten.

Die Heimstätten sollten unter Leitung eines in der Gynäkologie und Geburtshilfe besonders erfahrenen Direktors und einer in der Anstalt wohnenden Oberin stehen, zur Fortbildung der jungen Aerzte und Hebammen dienen und für Bezirke von 50 000 bis 100 000 Einwohnern ein eigentliches Centrum der gesammten Geburts- und Wochenbettshygiene bilden.

Da ich bei der Versammlung in Kiel nicht anwesend war, hielt ich mich für verpflichtet, das Referat des Dr. Brennecke mit Rücksicht auf die bestehende Gesetzgebung und die im diesseitigen Regierungsbezirk gemachten Erfahrungen im Vereinsorgan, der Deutschen Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege, eingehend zu besprechen und auch in der letzten Aerztekammersitzung meine Ansicht zur Sache mündlich vorzutragen. Die Ergebnisse der hiesigen Kölner geburtshülflichen Poliklinik konnte ich damals gemeinschaftlich mit Herrn Director Dr. Frank durch Besuch kurz vorher entbundener Frauen in ihren Wohnungen feststellen; über die in der Breslauer Poliklinik gemachten Erfahrungen lag mir aber ein ausführliches Gutachten vor, welches Prof. Dr. Fritsch als früherer Direktor der geburtshülflichen Poliklinik und Mitglied des schlesischen Medicinal-Collegiums zur Sache erstattet hatte. Ueber die geburtshülfliche Poliklinik in Halle konnte der hiesige College Dr. Eberhart, welcher früher als Assistent des Prof. Kaltenbach fungirt hatte, mir entsprechende Auskunft ertheilen.

Hiernach steht es unzweifelhaft fest, dass bei rechtzeitigem und geordnetem Zusammenwirken der Geburtshelfer mit geprüften Hebammen regelmässige und unregelmässige Geburten, auch in den durchgehends sehr beschränkten und ärmlichen Wohnungsverhältnissen unserer grossstädtischen Arbeiterbevölkerung mit günstigem Erfolge behandelt werden können und auch in der Regel fieberfreier Verlauf des Wochenbettes erzielt wird. Es würde also vorzugsweise ein rechtzeitig und zweckmässig geordnetes Zusammenwirken der Aerzte mit den Hebammen erforderlich sein, um annähernd so günstige Resultate, wie solche in den vorgenannten grossstädtischen Polikliniken erreicht werden, auch in der übrigen geburtshülflichen Privatpraxis zu erzielen.

Nun hat am 6. Februar d. J. Prof. Sippel in Frankfurt a. M. zur heutigen Hebammenfrage einen längeren Vortrag im dortigen ärztlichen Verein gehalten, der in einer Broschüre publicirt und vom Herrn Verfasser mir freundlichst mitgetheilt worden ist. Hiernach ist es jetzt in Frankfurt gebräuchlich geworden, dass in zahlungsfähigen Familien die Entbindungen von einem Arzte überwacht werden, dem nur eine ungeprüfte Wartefrau Handlangerdienste leistet, während die grosse Zahl der wenig oder gar nicht bemittelten Frauen den Hebammen überlassen bleibt. Dass letztere durch den vorgenannten Missbrauch ihre Berufsfreudigkeit verlieren, sei begreiflich; vor allem aber werde für Mutter und Kind der günstige Geburtsverlauf erheblich gefährdet, wenn dem Arzte nur eine ungeschulte Wartefrau bei der Geburt zur Verfügung sei, die von den erforderlichen Hilfeleistungen nichts verstehe. Der Arzt müsse dann diese untergeordneten Verrichtungen selbst übernehmen und sei, ohne Rücksicht auf seine übrige Praxis, genöthigt, nicht nur solange am Gebärbett zu bleiben, bis die Geburt beendet, sondern solange die Gefahr einer Nachblutung noch vorhanden sei. Prof. Sippel weist eingehend nach, dass die Hinzuziehung einer Hebamme zu jeder Geburt nicht nur dem Interesse der Hebammen, sondern auch der Aerzte und der betheiligten Familie entspreche, und erklärt ein zweckmässig geordnetes Zusammenwirken von Arzt und Hebamme als den Schwerpunkt der ganzen Hebammenfrage.

Was nun die rechtlichen Verhältnisse der Aerzte und Hebammen bei Ausübung der Geburtshilfe im preussischen Staatsgebiete betrifft, so haben die Aerzte durch ihre Approbation als Geburtshelfer unzweifelhaft das Recht erlangt, regelmässige und unregelmässige Geburten auch ohne Hinzuziehung einer Hebamme zu leiten, was schon durch einen bezüglichen Ministerialerlass vom 20. October 1828 declarirt wurde. Es heisst dort wörtlich: „Durch die Verfügung vom 17. Januar 1825 ist bestimmt worden, dass sich Geburtshelfer nicht der sogenannten Wickelfrauen, sondern nur approbirter Hebammen zur Stellvertretung und zum Beistande bei den Entbindungen und der Pflege der Wöchnerinnen bedienen sollen. Es haben damit indessen die Geburtshelfer nicht verpflichtet werden sollen, sich überhaupt irgend eines Beistandes zu bedienen, wenn sie glauben, das Entbindungsgeschäft ganz allein besorgen zu können und für jeden daraus für die Wöchnerinnen und Neugeborenen entstehenden Nachtheil verantwortlich sein wollen.“ Im vorstehenden Erlass

Oeffentliches Sanitätswesen.

Ueber das gesetzlich geordnete Zusammenwirken der die Geburtshilfe ausübenden Aerzte mit den Hebammen.¹⁾

Von Geh. Med.-Rath Dr. Oscar Schwartz, Köln.

M. H.! Wie Ihnen bekannt sein wird, hat ein Antrag der sächsischen Aerztekammer, betreffend Reform der geburtshülflichen Ordnung im preussischen Staate, auf der Tagesordnung der letzten Sitzung der rheinischen Aerztekammer gestanden, nachdem ein Mitglied der sächsischen Aerztekammer, der um die praktische Geburtshilfe sehr verdiente Sanitätsrath Dr. Brennecke in Magdeburg, bereits in einem der Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Kiel erstatteten Referat: „Ueber die Errichtung von Heimstätten für Wöchnerinnen“, das theils fehlende, theils ungeord-

¹⁾ Vortrag, gehalten im allgemeinen ärztlichen Verein zu Köln am 11. December 1899.

ist also zugestanden, dass der Arzt bei Uebernahme des Entbindungsgeschäfts vorübergehend durch die hinzugezogene Hebamme sich kann vertreten lassen; nicht aber durch eine ungeprüfte Wärterin, wenn er sich nicht der Gefahr einer Verurtheilung wegen fahrlässiger Krankenbehandlung aussetzen will.

Was die Rechte und Pflichten der Hebammen betrifft, so steht nach § 30 der deutschen Gewerbeordnung und nach § 1 der allgemeinen Verfügung vom 6. August 1883 die gewerbliche Ausübung der geburtshilflichen Thätigkeit durch Frauen innerhalb des preussischen Staates nur den Hebammen zu, welche ein Prüfungszeugniss einer preussischen Behörde erlangt haben müssen. Die Hebammen sind bezüglich ihres Verhaltens zu den Aerzten durch besondere Instruction eidlich verpflichtet, den von Schwangeren, Gebärenden oder Entbundenen zu Rathe gezogenen Aerzten mit gebührender Achtung zu begegnen, sowie bei Ausführung ihrer Vorschriften und Anordnungen behilflich zu sein (§ 9). Auch soll die Hebamme bemüht sein, möglichst bald diejenigen Fälle zu erkennen, welche die Hilfe eines Arztes erforderlich machen, dem Arzte in allen Stücken zur Hand zu gehen und für Ausführung seiner Verordnungen Sorge zu tragen (§ 10). Ebenso wurde schon durch das preussische Medicinaledikt vom 27. September 1723 der Hebamme verboten, einen Arzt vor dem andern vorzuschlagen und die Leute in der freien Wahl des Arztes zu beschränken. Bezüglich ihrer dienstlichen und ausserdienstlichen Führung sind die preussischen Hebammen unter Aufsicht des Kreisphysikus gestellt, welcher regelmässige Nachprüfungen derselben und Revision ihrer Instrumentarien vorzunehmen hat. Das Prüfungszeugniss kann der Hebamme entzogen werden, wenn aus Handlungen oder Unterlassungen der Mangel derjenigen Eigenschaften klar erhellt, welche bei Ertheilung des Prüfungszeugnisses vorausgesetzt werden mussten: bei unsittlichem Lebenswandel, ungenügender Kenntniss und Mangel der für den Hebammendienst erforderlichen Zuverlässigkeit. Es ist Sache des Kreisphysikus vorkommenden Falls die Entziehung des Führungszeugnisses zuständigen Orts zu beantragen.

Was nun die Ausbildung der Hebammen betrifft, so ist im VI. Generalbericht pro 1886/88 über das öffentliche Gesundheitswesen des Regierungsbezirks Köln bezüglich des Hebammenunterrichts Nachstehendes angeführt: „Eine wesentliche Verbesserung des Hebammenunterrichts hat dadurch stattgefunden, dass statt des sechs-, nunmehr ein neunmonatlicher Lehrcursus für die Hebammenschülerinnen eingerichtet ist, der Hebammenlehrer sich in geregelter Weise an den von den Kreisphysikern abgehaltenen Nachprüfungen der Hebammen betheiligt und solche Hebammen, welche bezüglich ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten erhebliche Mängel zeigen, auf kurze Zeit zum Repetitions-cursus in die Anstalt wieder aufnehmen kann. Während der letzten Jahre ist auf Anregung des Herrn Ressortministers eine geburtshilfliche Poliklinik für solche verheirathete unbemittelte Frauen, welche sich von Mann und Kindern nicht trennen, sondern Geburt und Wochenbett in eigener Häuslichkeit abwarten wollen, mit der hiesigen Provinzial-Hebammenlehranstalt in Verbindung gebracht und bisher für Unterrichtszwecke mit günstigstem Erfolge betrieben. Ebenso ist für den Stadtkreis Köln ein Hebammenverein gebildet worden, welcher 84 Mitglieder zählt, monatliche, mit geeigneten Vorträgen und Demonstrationen verbundene Versammlungen im Lehrsaal der Anstalt abhält und zur Förderung des Genossenschaftssinnes eine sehr segensreich wirkende Unterstützungs- und Sterbekasse gegründet hat. Für die Ausbildung geeigneter Wochenbettpflegerinnen ist gleichfalls in der Anstalt Sorge getragen und ausreichend Gelegenheit geboten.“

In letzter Zeit ist nun namentlich vom Direktor der hiesigen Hebammenlehranstalt, Dr. Frank, Dr. Beaucamp in Aachen und anderen Aerzten die Ausbildung und staatliche Prüfung besonderer Wochenbettpflegerinnen empfohlen worden, weil durch geschulte, mit dem aseptischen und antiseptischen Verfahren nicht vertraute, für die Wochenbettpflege herangezogene Wärterinnen, ohne Verschulden der Hebamme das infectiöse Wochenbettfieber entstehen und verbreitet werden könne. Die beim Herrn Oberpräsidenten gestellten betreffenden Anträge wurden aber aus nachstehenden Gründen auf Votum des Medicinalcollegiums abgelehnt (Monatsschrift für Geburtshilfe und Gynäkologie Bd. IX, Heft 6): 1. Die Gewerbeordnung hat Krankenpflege und Wartung freigegeben und nur für die Ausübung der Hebammenkunst ein Prüfungszeugniss der zuständigen Landesbehörde vorgeschrieben. 2. Es besteht kein Bedürfniss für die staatliche Ausbildung und Prüfung besonderer Wochenbettpflegerinnen, weil die Pflege der Wöchnerinnen und Neugeborenen auch von anderen zuverlässigen weiblichen Personen übernommen werden kann, die von den Geburtshelfern und Hebammen instruiert und beaufsichtigt werden können. 3. Staatlich geprüfte Wochenbettpflegerinnen werden zu Uebergriffen geneigt sein und berechnete Beschwerden der Hebammen veranlassen, die schon jetzt ihren Unterhalt nur mit grossen Schwierigkeiten erwerben. 4. Mit Prüfungszeugnissen versehene Wärterinnen werden geneigt sein, sich mit gewissen Aerzten zu verbinden, um den Dienst der Hebamme als überflüssig erscheinen zu lassen.

Dass die sub 4 ausgesprochene Befürchtung nicht unbegründet ist, ergibt sich nicht nur aus der Broschüre des Prof. Sippel, sondern auch aus den Sanitätsberichten der Kreisphysiker und der zugehörigen

Geburtstabellen, nach welchen eine nicht unerhebliche Zahl von Geburten, namentlich bei den reichen Familien der Grossstädte, durch Geburtshelfer ohne Hebammen mit Hinzuziehung ungeprüften Wartepersonals geleitet wird, die Kreissenden bei Beschäftigung der Aerzte und ihrer übrigen Praxis stundenlang nur unter der Aufsicht einer ungebildeten Wochenbettpflegerin sich befinden. Nach der pro 1891 für den Regierungsbezirk Köln publicirten Geburtstabelle wurden 4002 Geburten von Aerzten ohne Hinzuziehung von Hebammen geleitet, wobei 329 Kinder während der Geburt starben.

Es bestehen also beim Betriebe der häuslichen Geburtshilfe auch im diesseitigen Verwaltungsbezirk die in den Publicationen von Sippel, Brennecke und Frank geschilderten, nicht unerheblichen Missstände, welche bezüglich Beschaffung entsprechend vorgebildeter und geprüfter Wochenbettpflegerinnen nach betreffendem Bescheide des Herrn Oberpräsidenten unter den bestehenden Gesetzen noch nicht beseitigt werden können. Es würde aber zu erwägen sein, ob sich nicht auf dem Wege der freien Vereinbarung und Belehrung ein besseres, rechtzeitig und zweckmässig geordnetes Zusammenwirken der Aerzte mit den geprüften Hebammen erzielen liesse und nicht auch durch eine begründete Vorstellung an den Herrn Ressortminister der Erlass gleichmässiger reichsgesetzlicher Bestimmungen für die Ausbildung und Prüfung deutscher Hebammen und Wochenbettpflegerinnen beantragt werden könnte, wie ja auch für die Ausbildung und Prüfung der deutschen Aerzte reichsgesetzliche Bestimmungen erlassen sind? Es würde so auch das Niederlassungsrecht der Hebammen im ganzen deutschen Staatsgebiet zu erzielen sein. Es wird namentlich als ein Uebelstand empfunden, dass in einzelnen Staaten für Hebammen nur viermonatliche Lehrcurse vorgeschrieben sind und derartig ungenügend vorgebildete Personen auch in Preussen zur Ablegung der Prüfung zugelassen werden. Muss die Verwendung ungeschulter Wärterinnen bei der Geburts- und Wochenbettpflege nach den neuen geburtshilflichen Erfahrungen als gemeingefährlich bezeichnet werden, würden auch durch die Reichsgesetzgebung für die Wochenbettpflegerinnen ebenso entsprechende Prüfungszeugnisse vorzuschreiben sein, wie für die Hebammen.

Ich selbst habe vor meiner Versetzung nach Köln 24 Jahre lang als Kreisphysikus und praktischer Arzt nur unter Beihilfe geprüfter Hebammen die Geburtshilfe in Stadt und Land auszuüben Gelegenheit gehabt, sodass mir genügende eigene Erfahrungen über das Verhalten und die Leistungen der Hebammen zur Verfügung stehen. Da ich mich aber schon seit mehreren Jahren vom Betriebe der praktischen Geburtshilfe zurückgezogen habe, glaube ich bei der vorliegenden Frage, betreffend Reform der geburtshilflichen Ordnung, persönlich vollständig unbetheiligt zu sein. Als langjähriger Ehrenvorsitzender des Kölner allgemeinen ärztlichen Vereins und des Kölner Hebammenvereins kann ich aber nur wünschen, dass die im Betriebe der häuslichen Geburtshilfe hervorgetretenen Missstände im Interesse des Gemeinwohls und der beiden betheiligten Berufsstände durch freie Vereinbarung nach Möglichkeit beseitigt werden.

Schliesslich erlaube ich mir noch darauf hinzuweisen, dass nach Beschluss der sächsischen Aertzekammer den für die Wochenbettpflege entweder bereits gebildeten oder noch zu bildenden Frauenvereinen, namentlich dem vaterländischen Frauenverein, die Aufgabe gestellt werden soll, unter Mitwirkung der Medicinalbeamten, Aerzte und Hebammen dafür zu sorgen, dass 1. jeder Kreissenden und Wöchnerin ein den Anforderungen der Hygiene, speziell der Antiseptik, möglichst entsprechendes Geburts- und Wochenlager hergerichtet, 2. jeder Wöchnerin die Möglichkeit geboten werde, mindestens zehn Tage lang Ruhe und Pflege im Wochenbett zu geniessen, 3. jeder erkrankten Wöchnerin eine geschulte Wärterin gestellt werde, 4. jeder Familie, in welcher die Hausfrau als Wöchnerin oder krankheitshalber bettlägerig geworden, auf Wunsch die zur Aufrechthaltung des Hauswesens notwendige Hilfe gewährt werde, 5. Niederlagen von Bett- und Leibwäsche und Wochenbetts-, Gebrauchsgegenständen aller Art errichtet werden zur leihweisen Unterstützung der bedürftigen Familien. Die sächsische Aertzekammer erklärte es auch für Pflicht eines jeden Arztes, die Geburts- und Wochenbettshygiene und die Thätigkeit der Frauenvereine auf diesem Gebiete mitwirkend zu fördern. Die für die Ausübung geburtshilflicher Thätigkeit staatlich geprüften Frauen, die Hebammen, werden dann auch mit Recht erwarten dürfen, dass sie in ihrem beschwerlichen Beruf nicht nur bei den Armen, sondern auch bei den Reichen die ihnen zustehende Beschäftigung und Belohnung finden.

Da Mitglieder unseres Vereins bereits begonnen haben, bereitwillige hiesige Frauen im Samariterdienst und der Familienkrankenpflege zu unterrichten, würden diese Frauen nach Wunsch auch in der hiesigen Lehranstalt binnen kürzerer Zeit für die Pflege von Wöchnerinnen und Neugeborenen ausgebildet und geprüft und somit allen Bedürfnissen der neueren Gynäkologie und Geburtshilfe genügt werden können.